

André Brie, Eingangsstatement für die Denkwerkstatt der Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, Rostock, 16. Mai 2004

„Bleibt alles beim alten im Nordosten?“

Vermutlich sind die Bilder des ersten Wochenendes im Mai noch gut in Erinnerung: Feuerwerke, lachende Menschen, Volksfeste, feierliche Zeremonien, der Brückenschlag über die Oder. Die Freude war berechtigt; schließlich wurde die größte Erweiterungsrunde in der Geschichte der EU abgeschlossen: Während 1973 Großbritannien, Irland und Dänemark der damaligen Sechser-Gemeinschaft beitraten, folgten nach Griechenland 1981 sowie Portugal und Spanien 1986 im Jahr 1995 schließlich Österreich, Finnland und Schweden. Nun hat die EU auf einen Schlag zehn neue Mitglieder bekommen, zwei südeuropäische und acht aus Ost- und Mitteleuropa. Rein statistisch gesehen wächst die Europäische Union mit dem Beitritt um gut 74 Millionen auf insgesamt 453,2 Millionen Einwohner; die Fläche nimmt um 740.000 Quadratkilometer zu. Nicht zuletzt entsteht der größte Binnenmarkt der Welt – ein Umstand, der vor allem die deutsche Exportwirtschaft freuen wird. Deren Ausfuhren in die neuen EU-Staaten, die 2003 bereits überdurchschnittlich um 5,7 Prozent zugelegt hatten, könnten im kommenden Jahrzehnt um jährlich sechs bis acht Prozent steigen, erklärte der Präsident des Bundesverbands des Deutschen Groß- und Außenhandels, Anton Börner, unmittelbar vor der Erweiterung. (vgl. AFP vom 26.4.04)

Dies sind in der Tat beeindruckende Fakten, die kritische Stimmen zumindest am Tag des Beitritts weitgehend zum Verstummen gebracht haben. Nein, ich will keinesfalls die Bedeutung gerade der Osterweiterung herunterreden – diese ist aus politischer Sicht wohl kaum zu überschätzen. Ich halte die Aufnahme der Staaten „aus dem Osten“ in die bisher auf Westeuropa beschränkte Gemeinschaft für eine historische Chance, die Europa Frieden und Stabilität bringen kann. Die Aufrechterhaltung von Grenzen auf dem „alten Kontinent“, die in diesem Falle in erster Linie Wohlstandsgrenzen waren und noch sind, würde auf Dauer zu neuen Spannungen führen und auch die Prosperität in den bisherigen Mitgliedsstaaten gefährden. Zudem: Wer wollte bestreiten, dass die historischen Traditionen, die kulturelle und geistige Vielfalt, die mit der Erweiterung in die EU eingebracht werden, eine Bereicherung für alle Mitgliedsländer ist?

Wenn man die Eröffnungsbilanz der neuen EU aufmacht, darf man jedoch auch vor anderen Realitäten nicht die Augen verschließen. Die großen Chancen der EU-Erweiterung werden ohnehin weder im Selbstlauf, noch undifferenziert realisiert werden können. Wer die Probleme ignoriert und nicht aktiv löst, wird die Chancen sogar gefährden.

Mit der Erweiterung nahm die EU-Bevölkerung relativ um 20 Prozent zu, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf jedoch nur um 5 Prozent. Oder in absoluten Zahlen: Während das pro-Kopf-BIP in der Alt-EU bei 24.300 Euro liegt, bringen es die Neumitglieder gerade einmal auf 5.850 Euro. Noch drastischer fällt der Vergleich aus, wenn man statt des Durchschnitts einzelne Regionen betrachtet. Betrug das Verhältnis bei Wohlstand und wirtschaftlicher Entwicklung zwischen am höchsten und niedrigsten entwickelten Gebieten in der Alt-EU derzeit 2 zu 1, wuchs es mit der Erweiterung auf 7 zu 1. Dabei war die Kluft schon in der EU-15 bedrohlich tief: Während das BIP pro Kopf in der reichsten Region der West-EU, Inner London, im Jahr 2000 bei 62.788 Euro lag, brachte es beispielsweise das sachsen-anhaltinische Dessau nur auf 14.892 Euro. Und selbst innerhalb Deutschlands sind die Unterschiede gravierend. So erzielte Hamburg ein Pro-Kopf-BIP von 42.128 Euro, Chemnitz dagegen nur von 15.303 Euro. Alle neuen Bundesländer lagen deutlich unter 75 Prozent des durchschnittlichen Bruttoinlandsproduktes der Europäischen Union – der Marke zur Anerkennung als Ziel-1-Fördergebiet. Insgesamt gab es nur 48 EU-Regionen in der Alt-EU, die diesen Wert unterschritten, acht davon lagen im Osten Deutschlands. So kamen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gerade einmal auf 70 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg gar nur auf 69 Prozent des Gemeinschaftsdurchschnitts.

Als Ziel-1-Gebiete erhalten die neuen Bundesländer derzeit noch Strukturfördermittel aus Brüssel. In der laufenden Finanzplanungsperiode 2000 bis 2006 sind die Strukturfonds der Europäischen Union mit 195 Milliarden Euro (dem zweitgrößten Budgetposten nach dem Agrarhaushalt) ausgestattet. Deutschland stehen davon 29,76 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Bundesrepublik ist damit nach Spanien und Griechenland drittgrößter Empfänger von Strukturfondsmitteln. Der

Großteil der Zuweisungen – etwa 20 Milliarden Euro – fließen in die neuen Bundesländer. Mit den Geldern aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, dem Europäischen Sozialfonds, dem Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft und dem sogenannten Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei sollen benachteiligte Regionen und soziale Gruppen innerhalb der EU unterstützt werden. Das Geld wird für Infrastrukturprojekte und Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung ebenso wie für Beschäftigungs- und soziale Initiativen bereit gestellt. Sicher hat jeder schon einmal die blauen Tafeln gesehen, mit denen auf eine europäische Kofinanzierung verschiedenster Vorhaben hingewiesen wird.

In der Gemeinschaft der 25 aber liegen nun nicht mehr „nur“ 48 Regionen unter der 75%-Fördergrenze liegen, sondern 67 Gebiete, in denen dann 26 Prozent der EU-Bevölkerung leben werden. Mit Ausnahme Zyperns und einiger weniger Regionen fallen alle Beitrittsländer komplett unter den Ziel-1-Status nach bisheriger Definition. Polen beispielsweise liegt bei 43 Prozent des EU-Durchschnitts; das polnische Lohnniveau – verglichen mit Ostdeutschland (!) – bei weniger als einem Drittel. Mit der Aufnahme der wirtschaftlich schwächer entwickelten Staaten wird natürlich auch das Durchschnitts-BIP sinken. Bisherige Fördergebiete könnten dadurch statistisch über den Grenzwert rutschen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise auf geschätzte 76,5 Prozent (die statistischen Berechnungen variieren allerdings). Praktisch hätte sich an der realen wirtschaftlichen und sozialen Situation jedoch nichts geändert, die Regionen würden nur reich gerechnet. Dagegen wäre die Realisierung begonnener und geplanter Projekte tatsächlich in Frage gestellt. (alle Zahlen: Eurostat und 3.Kohäsionsbericht, 2004)

In diesem Zusammenhang und gerade vor dem Hintergrund der Osterweiterung muss noch einmal – und dies sehr nachdrücklich – das Problem der Regionen entlang der bisherigen Ostgrenze der Europäischen Union angesprochen werden. Waren die neuen Bundesländer – wie erwähnt – ohnehin schon vom wirtschaftlichen und sozialen Kahlschlag betroffen, hat sich diese Entwicklung an Oder und Neiße noch potenziert. Laut einer im Vorfeld der EU-Erweiterung erstellten Studie der Europäischen Kommission gehören diese Gebiete in den ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern neben den griechischen Grenzräumen und dem österreichischen Burgenland zu den „am stärksten benachteiligten“ Grenzregionen in Europa überhaupt. (vgl. KOM/ 2001/437/S.4)

Woran macht sich dies fest?

Zunächst einmal an der sogenannten Humankapitalausstattung. Der Begriff, der alles andere als menschenfreundlich klingt, beschreibt einen der zentralen Wachstumsfaktoren: Den Anteil der Beschäftigten mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss in den jeweiligen Regionen. Ein Blick reicht, um deren Fehlen gerade an der Grenze zu Polen und Tschechien festzustellen – die Abwanderung insbesondere von jungen, qualifizierter Menschen aus der deindustrialisierten Region macht sich hier deutlich bemerkbar. Während der Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss in den ostdeutschen Grenzregionen im Jahr 2001 insgesamt bei 9,4 Prozent lag, betrug die Quote in Ostvorpommern gerade einmal 7,4 Prozent und im Landkreis Uecker-Randow gar nur 6,5 Prozent. (vgl. Wirtschaft im Wandel / Aktuelle Trends, 7/2003) Optimistisch stimmt dagegen die Erhebung in Greifswald: Mit 13,1 Prozent Hochschulabsolventen unter den Beschäftigten liegt die Universitätsstadt am Bodden an zweiter Stelle hinter Cottbus und sogar noch vor Frankfurt/Oder – beide ebenfalls Hochschulstandorte im Grenzgebiet. Auch bei der Zahl der Patentanmeldungen – ein weiterer Wachstumsindikator – schneidet Greifswald bemerkenswert gut ab: Mit 131 Anmeldungen zwischen 1995 und 2000, gerechnet auf eine Bezugsgröße von 100.000 Einwohnern, nimmt die Stadt den Spitzenplatz in den Grenzregionen ein und liegt auch deutlich über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer mit 108 Anmeldungen (einschließlich Berlin). Sicher macht sich hier bemerkbar, dass sich in Greifswald Wissenschaft und Lehre mit angewandter Forschung verbinden. So wird am dortigen Sitz des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik beispielsweise am Vorhaben WENDELSTEIN 7-X gearbeitet, mit dem die physikalisch-technologischen Grundlagen für ein Fusionskraftwerk erforscht werden. Schlusslicht bei den Patenten bleibt abermals der Uecker-Randow-Kreis mit 8,4 Anmeldungen.

Niemand soll diese Zahlen als Kritik am Landkreis Uecker-Randow verstehen. Weder der Uckermark oder Ostvorpommern, noch den Brandenburger Kreisen Barnim und Märkisch-

Oderland oder dem Spree-Neiße-Kreis geht es deutlich besser. An all diesen Gebieten lässt sich exemplarisch nachvollziehen, wie sich der Teufelskreis aufbaut und letztlich schließt: Deindustrialisierung nach der Wiedervereinigung, damit Aufbrechen von Netzwerken und Handelsbeziehungen, Abwanderung und zunehmende Vergreisung, letztlich keine industriellen oder wissenschaftlich-technischen Neuansiedlung – eben wegen der nun fehlenden Wachstumsfaktoren. Ohne Hilfe von außen wird sich dieser Kreislauf nicht stoppen lassen. Dabei sind die Gebiete mit Entwicklungsrückstand aber keinesfalls von der Handlungsverpflichtung frei gestellt: Alte Kontakte müssen reaktiviert und ein günstiges infrastrukturelles Umfeld geschaffen, neue Partnerschaften begründet und entwickelt werden.

Wobei ich das Wort Partnerschaft unterstreichen möchte. Denn es geht eben nicht nur darum, wie derzeit häufig zu lesen ist, sich den Markt Osteuropa zu erschließen oder die günstigen Produktionskosten im Osten – die durchschnittlichen Arbeitskosten pro Stunde in den Beitrittsländern liegen heute bei etwa 4 Euro gegenüber ca. 22 Euro in der EU-15 – zu nutzen. Sondern darum, tatsächliche Kooperationsbeziehungen aufzubauen. Sicher ist es richtig, sich auch diesseits der Oder auf polnische Kundschaft einzurichten und diese möglichst in ihrer Sprache zu bedienen – das wird jeder Kaufmann empfehlen. Mittel- und langfristig gesehen können diese „Sofortmaßnahmen“ aber nur ein Anfang sein, der auf eine dauerhaft tragfähige Basis gesetzt werden muss. Diese kann zum Beispiel darin bestehen, spezifische Fähigkeiten zusammen zu führen, um das knowhow gemeinsam weiter zu entwickeln und effizient zu vermarkten. Wer ausschließlich versucht, sein wirtschaftliches Überleben auf Kosten des vorgeblichen Partners zu sichern, wird schnell scheitern. Spätestens dann – und das ist abzusehen –, wenn die Arbeitskosten in unseren Nachbarländern steigen.

Dass dies alles leichter gesagt als getan ist, ist mir klar. Hilfe dabei ist notwendig – von der EU, vom Bund, vom Land. Die jetzt viel diskutierte Konzentration der Unterstützung auf wenige von Wirtschaftswissenschaftlern als „zukunftsträchtig“ eingeschätzte Städte und Gebiete in den neuen Bundesländern allerdings könnte den Grenzregionen den Todesstoss versetzen. Sicher ist die Frage aufzuwerfen, wie sinnvoll mit der Gießkanne ausgeschüttete Finanzhilfen sind, wenn sich diese nicht im Aufbau von Wirtschafts- und Produktionsstrukturen niederschlagen sondern allein der Alimentierung dienen. Ein abruptes Abschneiden von der Förderung würde in den ohnehin benachteiligten Regionen jedoch zu Verwerfungen führen, die nicht mehr rückgängig zu machen sind.

Tatsächlich wird in der EU-Zentrale überlegt, die Förderung aus den Strukturfonds für die bisherigen Ziel-1-Gebiete nicht mit einem Schlag zu beenden, sondern ein sogenanntes phasing out, also eine schrittweise Rückführung der Zahlungen, vorzunehmen. Gerade die Bundesregierung müsste sich in Brüssel für eine solche Lösung stark machen. Aber was passiert?

Angesichts der dramatischen Lage und des absehbaren weiteren Abwärtstrends verstärken sich die Rufe nach „Niedriglohnezonen“ in den neuen Bundesländern, vor allem in den schwach entwickelten Regionen. Hinter diesen Zonen, mitunter auch etwas klangvoller als „Sonderwirtschaftszonen“ bezeichnet, verbirgt sich aber kein spezifisches Entwicklungs- oder Förderprogramm. Es geht vielmehr um die – zumindest befristete – Aussetzung tariflicher Standards und gewerkschaftlicher Rechte. Als ob dies nicht ohnehin schon die Regel in Mecklenburg-Vorpommern ist! Die Flächentarifverträge sind landesweit für über die Hälfte aller Unternehmen Makulatur – sie gehören keiner Tarifgemeinschaft an oder führen einen „OT-Status“, sprich „ohne Tarifbindung“. (vgl. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS, 24.4.04, Güstrow, in: ND vom 26.4.04) Wie Peter Deutschland, Vorsitzender des DGB-Bezirks Nord, im April auf der gewerkschaftspolitischen Konferenz der PDS in Güstrow betonte, arbeiten schon heute 40 Prozent der abhängig Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern zu Niedriglöhnen.

Selbst eine Studie des Ostdeutschen Bankenverbandes kommt zu dem Schluss: „Auch die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen in ganz Ostdeutschland oder in Teilregionen wäre (...) keine adäquate Therapie, die an den gesamtdeutschen Ursachen unserer Wachstumsprobleme ansetzt.“ (vgl. Wachstumschancen für Ostdeutschland, INFOPORT Nr. 4/2004, Ostdeutscher Bankenverband e.V.) Und weiter: „Wenn die Höhe der Steuerbelastung oder Regulierungen im Bau-, Arbeits- und Umweltrecht als wachstumshemmend erkannt werden, dann stellt sich die Frage, warum diese Wachstumshemmnisse nicht gleich in ganz Deutschland beseitigt werden.“

(vgl. ebenda)

Abgesehen davon, dass diese Liberalisierung wohl keinesfalls wünschenswert ist und zu Recht auf massiven Widerstand stoßen würde, müsste diese Frage vor allem an die rot-grüne Bundesregierung gerichtet werden, die die Idee einer „Sonderwirtschaftszone Ostdeutschland“ nach wie vor kultiviert. Dass sich selbst Union und FDP hinsichtlich „Niedriglohngeländen“ bedeckt halten, lässt im übrigen einen tiefen Blick auf die selbsterklärte Wirtschaftskompetenz des Kabinetts von Gerhard Schröder zu.

Also wie weiter mit der Förderung von Regionen mit Entwicklungsrückstand?

Fünf Prämissen sehe ich in dieser Hinsicht:

Erstens müssen auch in der erweiterten Union alle Regionen mit einem BIP von bis zu 75% des EU-Durchschnittes Ziel-1-Region bleiben. Ihren Status als besonders zu unterstützende Gebiete sollten aber auch die Regionen innerhalb der früheren EU-15 behalten, die lediglich durch den statistischen Effekt über die Fördergrenze rutschen.

Zweitens darf die Förderwürdigkeit einer Region nicht nur starr nach dem Kriterium des BIP bewertet werden. Zumindest das Ausmaß der Arbeitslosigkeit und die Armutsquote müssen bei der Bemessung hinzu gezogen werden.

Drittens ist damit die Forderung an die Nettozahler in der EU, wie z.B. die Bundesrepublik, verbunden, ihren bisherigen Widerstand gegen die Erhöhung der Ausgaben für die Strukturpolitik aufzugeben. Nur so können alle wirklich bedürftigen Regionen weiter unterstützt werden. Eine Konzentration der Zuschüsse nahezu ausschließlich auf die Neumitglieder würde auf Kosten der anderen armen Regionen gehen.

Viertens muss das Sonderprogramm für die Grenzregionen finanziell besser ausgestattet und effizienter gestaltet werden. Gerade der Streifen an der bisherigen EU-Ostgrenze könnte im wahrsten Sinne des Wortes übergangen werden. Wenn Unternehmen im östlichen Vorpommern nicht mit Partnern im westlichen Polen kooperieren können, weil beispielsweise Verkehrsverbindungen fehlen, zeigt dies den großen Entwicklungsbedarf.

Fünftens schließlich, und dies ist vielleicht der wichtigste Punkt, müssen Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte der Regionen in der EU gestärkt werden. Nur so kann verhindert werden, dass die spezifischen Probleme „ganz unten“ auch in Brüssel und den Hauptstädten – bewusst oder unbewusst – ignoriert oder übersehen werden.

Bitte lassen Sie mich auch einige Vorschläge für das östliche Vorpommern wiederholen, für die ich seit langem eintrete:

Die Infrastruktur für die regionale Kooperation ist unzureichend; viel Zeit verschlafen worden. Bund, Land und Kommunen sowie die polnischen Behörden müssen meiner Meinung nach endlich Grenzübergänge für diese regionale Zusammenarbeit öffnen. Politisch und finanziell sind weiter verstärkte kooperative Strukturen über die Verkehrswege hinaus umfassend zu fördern: im Bildungsbereich (deutsch-polnische Kitas, Schulen, Sprachunterricht), in der Wirtschaft (auch Netze von Unternehmen, die gerade in Mecklenburg-Vorpommern oft allein nicht Kraft, Personal und Kapital für die Kooperation und die Erschließung neuer Märkte haben, bei kommunalen und anderen Dienstleistungen, in Kultur, Tourismus und im Freizeitbereich. Jene Wirtschaftsbereiche auf beiden Seiten der Grenze, die dem jeweiligen Wettbewerbsdruck nicht standhalten werden, müssen Anpassungshilfe bekommen. Politisch muss, darüber habe ich bereits gesprochen, die Ausweitung und weitere Absenkung eines Niedriglohnsektors verhindert werden. Szczecin wird ohne Zweifel das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum der gesamten Region werden, auch für die deutsche Seite. Ich halte es aber für erforderlich, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern in einer konzentrierten Anstrengung im Bereich Hochschule und Forschung – vielleicht in Torgelow – eine regional ausstrahlende kooperationsfähige Struktur aufbaut.